

## «Ein sehr schwer wiegender Verdacht»

### Uran-Munition: Verteidigungsminister Scharping fordert vor dem Ausschuss völlige Offenheit zwischen den Nato-Partnern

Von Frank E. Lippold



Rudolf Scharping 1999 bei einem Truppenbesuch im Kosovo.

Foto: AP

**Berlin** - Das so genannte Balkan-Syndrom - mögliche Krebserkrankungen von Nato-Soldaten als Folgen der von US-Truppen in Bosnien und im Kosovo eingesetzten uranhaltigen Munition - hält Verteidigungsminister Rudolf Scharping auf Trab. Gestern musste der SPD-Politiker vor dem Verteidigungsausschuss des Bundestages Rede und Antwort stehen. Zudem bestellte Scharping den amtierenden US-Botschafter Terry Smell zu diesem Thema in sein Ministerium ein.

Bei beiden Gelegenheiten pochte Scharping auf völlige Offenheit über die Verwendung von Uranmunition innerhalb der Nato. Seine Kritik: Es könne nicht sein, dass nicht alle Bündnispartner über die gleichen Informationen verfügten. Innerhalb der Allianz müsse es einen «völlig offenen Meinungs austausch» über die Uranmunition geben. Dies gelte insbesondere für den «sehr schwer wiegenden Verdacht», die auf dem Balkan von US-Streitkräften verwendete uranhaltige Munition könne Plutonium enthalten hatte. Entsprechende Hinweise von Experten des UN-Umweltprogramms wurden inzwischen von der Nato bestätigt. Der US-Geschäftsträger sagte dem Verteidigungsminister zu, die Informationen über Uranmunition «vollständig auf den Tisch zu legen».

Scharping selbst wies vor dem Verteidigungsausschuss alle Vorwürfe, er habe das Parlament und die Truppe nicht rechtzeitig über die Verwendung von Urangeschossen auf dem Balkan informiert, erneut zurück. So sei der Verteidigungsausschuss bereits im Mai 1999 über den Einsatz von uranhaltiger Munition informiert worden und immer dann, wenn es neue Erkenntnisse gegeben habe, seien diese den Abgeordneten zugänglich gemacht worden. Entsprechende Befehle seien an die Truppe

weitergegeben worden. Der Minister hat bisher einen möglichen Zusammenhang zwischen Leukämieerkrankungen deutscher Soldaten und deren Einsatz auf dem Balkan bestritten.

Kritik an der Informationspolitik des Verteidigungsministerium war jüngst auch in den Reihen der SPD-Fraktion laut geworden. Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU, Paul Breuer, warf Scharping erneut vor, er habe die Problematik heruntergespielt und die Ängste der Soldaten nicht ernst genommen. Das Führungsverhalten des Ministers sei «kritikwürdig».

Die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen, Angelika Beer, verwies darauf, dass ihre Partei bereits seit zwei Jahren ein vollständiges Verbot von uranhaltiger Munition fordert. Beer wollte auch nicht ausschließen, dass auch in Deutschland Uranmunition getestet worden sein. Entsprechende Berichte eines Soldaten nannte sie glaubwürdig.

Der Verteidigungsminister informierte die Abgeordneten darüber, dass er weitere Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Kosovo-Einsatz der Bundeswehr angeordnet habe. Ein unabhängiges Forschungsinstitut werde die vorhandenen Proben früherer Untersuchungen bei deutschen Kfor-Soldaten erneut prüfen sowie im Kosovo weitere Boden- und Wasserproben nehmen. Es solle geprüft werden, «ob hier irgendwo ein Risiko drohen könnte».

Bisher sei in der deutschen Kfor-Zone keine derartige Gefährdung festgestellt worden, sagte Generalleutnant Rainer Schuwirth, der gestern das Kommando des IV. Korps in Potsdam an Generalmajor Friedrich Riechmann übergab. «Nach meinem Wissensstand sind Bundeswehrangehörige auf dem Balkan nicht durch uranhaltige Munition gefährdet worden. Es hat auch für die Soldaten des IV. Korps - vom Frühjahr 1999 bis zum Sommer 2000 waren es etwa 12 000 - klare Maßregeln gegeben, wie sie sich in der Nähe solcher Munition zu verhalten haben», sagte Schuwirth, künftiger Direktor EU-Militärstabs in Brüssel, gestern der Berliner Morgenpost.

Im Blick auf die durch Radarstrahlen geschädigte Bundeswehrsoldaten sagte Scharping, die Betroffenen könnten auf finanzielle Unterstützung hoffen. Den Behörden riet er, bei der Anerkennung einer Wehrdienstbeschädigung von entsprechenden Kann-Vorschriften Gebrauch zu machen. Der Minister sicherte zudem zu, sein Ressort werde allen Verdachtsfällen nachgehen.

Nach dem Willen des Europäischen Parlaments soll die Nato bis auf weiteres keine uranhaltige Munition mehr verwenden. Dies beschlossen die EU-Abgeordneten gestern in Straßburg in einer mit Zweidrittelmehrheit angenommenen Resolution. Das Moratorium soll so lange gelten, bis die Ergebnisse der Untersuchungen über abgereichertes Uran abgeschlossen und bekannt sind. Die Nato solle stattdessen andere Munitionstypen verwenden.

Gleichzeitig sicherte der EU-Beauftragte für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, zur Zeit des Kosovo-Krieges Nato-

Generalsekretär, dem Parlament völlige Offenheit bei der Aufklärung über das «Balkan-Syndrom» zu.

**Berliner Morgenpost, vom: 18.01.2001**

**URL:**

**<http://morgenpost.berlin1.de/archiv2001/010118/politik/story384761.html>**